

Inhalt

A.	Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	15
I.	Insolvenzantrag	16
1.	Eigenantrag des Schuldners	17
2.	Gläubigerantrag	18
a)	Zulässigkeit des Gläubigerantrags	18
b)	Insolvenzkostenhilfe für den Gläubiger?	20
II.	Insolvenzgründe	21
1.	Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO	21
2.	Drohende Zahlungsunfähigkeit, § 18 InsO	23
3.	Überschuldung, § 19 InsO	24
III.	Deckung der Verfahrenskosten	26
1.	Stundung der Verfahrenskosten	26
2.	Massekostenvorschuss	27
3.	Antragsabweisung mangels Masse	28
B.	Insolvenzverfahren oder außergerichtliche Sanierung?	29
I.	„Firmenbestattung“ keine Alternative zum Insolvenzverfahren!	30
II.	Der außergerichtliche Vergleich als Alternative zum Insolvenzverfahren?	32
1.	Für das Schuldnerunternehmen hat die außergerichtliche Sanierung Vor- und Nachteile!	32
2.	Keine Sanierung ohne Sanierungsplan!	33

C. Insolvenzverfahren als Chance	35
I. Freigabe einer selbstständigen Tätigkeit nach § 35 Abs. 2 S. 1 InsO	36
1. Gesetzliche Regelung	36
2. Folgen der Freigabe	37
a) Konsequenzen für den Schuldner	37
b) Konsequenzen für Neugläubiger	38
c) Inventar, Miet-/Pacht- und Arbeitsverträge	38
3. Rücknahme der Freigabe	39
II. Die Eigenverwaltung und das „Schutzschild- verfahren“	39
1. Der Weg in die Eigenverwaltung	39
2. Das Schutzschildverfahren	40
3. Vorteile der Eigenverwaltung	41
4. Form der Anordnung einer Eigenverwaltung	42
5. Kompetenzabgrenzungen zwischen Sachwalter und Unternehmensführung	42
III. „Übertragende Sanierung“	44
IV. Insolvenzplan	45
1. Vorteile eines Insolvenzplans	46
a) Übertragungsakte unnötig	46
b) Steuerliche Überlegungen	46
c) Motivation des Schuldners zum Wohle der Gläubiger	47
d) Motivation des Gesellschafters zum Wohle der Gläubiger	48
2. Ablauf eines Insolvenzplanverfahrens	48
a) Planinitiativrecht	49
b) Beispiel für den optimalen zeitlichen Ablauf eines Insolvenzplanverfahrens	49
c) Vorteile eines Insolvenzeröffnungsverfahrens	50
3. Inhalt und Bestandteile des Insolvenzplans	51
4. Abstimmung über den Insolvenzplan	52
a) Gläubigerversammlung als Abstimmungstermin	52
b) Einteilung der Gruppen	53

c)	„Überstimmung“ einzelner Gläubigergruppen	54
5.	Wirkungen eines Insolvenzplans	54
<hr/>		
D.	Die Position des Gläubigers im Insolvenzverfahren	56
I.	Alarmzeichen einer drohenden Krise	57
II.	Reaktionsmöglichkeiten auf die Alarmzeichen	62
1.	Ansprechen des Vertragspartners auf die Krise	62
2.	Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten	63
3.	Risiken und Gefahren einer Sicherheitenbestellung oder -verstärkung in der Schuldnerkrise	63
III.	Gut gesichert durch die Krise	64
1.	Realisierung von Sicherheiten im Insolvenzverfahren	64
a)	Aussonderungsrechte	65
b)	Absonderungsrechte	65
i)	Absonderungsrechte am unbeweglichen Vermögen	66
ii)	Absonderungsrechte am beweglichen Vermögen	66
c)	Realisierung der Absonderung	67
i)	Die Verwertung von Sicherheiten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	67
ii)	Die Verwertung von beweglichen Sachen und Forderungen	67
iii)	Der Verfahrenskostenbeitrag	69
iv)	Die verbliebene Restforderung	70
v)	Was geschieht bei einer unberechtigten Verfügung?	71
2.	Eigentumsvorbehalt in der Insolvenz	71
a)	Das Aussonderungsrecht des Eigentumsvorbehaltsvorfäfers	72
b)	Der Unterschied zwischen den drei Formen des Eigentumsvorbehalts	73
c)	Die Insolvenz des Verkäufers	74
3.	Sicherungsabtretung und Abtretungsverbot	74
4.	Besonderheiten beim Finanzierungsleasing	74
5.	Besonderheiten beim Factoring	75
6.	Aufrechnungsmöglichkeiten in der Insolvenz	75
a)	Insolvenzfestigkeit der Aufrechnungslage	76

b)	Einschränkungen der Aufrechnungsbefugnis im Insolvenzverfahren	77
c)	Erklärung der Aufrechnung	79
d)	Aufrechnungsbefugnis bei Dauerschuldverhältnissen	79
e)	Aufrechnungsbefugnis des Insolvenzverwalters	79
f)	Aufrechnung von Masseforderungen	80
IV.	(ungesicherte) Insolvenzgläubiger	81
1.	Anmeldung von Insolvenzforderungen	81
2.	Prüfung der angemeldeten Gläubigerforderungen	83
3.	Verteilungsverfahren	83
4.	Schlusstermin	84
5.	Vereinfachter Titelerwerb	84
V.	Mitwirkungsmöglichkeiten für Gläubiger	85
<hr/>		
E.	Pflichten des Schuldners im Insolvenzverfahren	87
I.	Regelungen der Insolvenzordnung	88
II.	Auskunftspflicht	90
III.	Mitwirkungspflichten bei der Abwicklung des Insolvenzverfahrens	91
IV.	Bereitschaftspflicht des Schuldners oder organschaftlichen Vertreters	94
V.	Unterlassung masseschädigender Handlungen	94
<hr/>		
F.	Haftung von Organen (Geschäftsführern, Vorständen und Aufsichtsräten) sowie Gesellschaftern	95
I.	Haftung des Geschäftsführers wegen Missmanagements und schuldhafter Verletzung von Sanierungspflichten	96
II.	Haftung wegen Verletzung der Anzeigepflicht	97
III.	Haftung wegen verbotener Zahlungen	97

IV.	Haftung wegen Verstoßes gegen das Rückzahlungsverbot	98
V.	Haftung wegen Insolvenzverschleppung	98
VI.	Haftung und Strafbarkeit wegen Betruges (§ 263 StGB)	100
VII.	Haftung für nicht abgeführtste Steuern und Sozialabgaben	102
1.	Steuerschulden der Gesellschaft	102
2.	Haftung und Strafbarkeit wegen Vorenthaltns von Sozialversicherungsbeiträgen (§ 266a StGB)	103
VIII.	Ansprüche gegen Gesellschafter auf Tilgung der Einlageforderung	104
1.	Verdeckte Sacheinlage	104
2.	Hin- und Herzahlen der Stammeinlage	105
IX.	Gesellschafterdarlehen in der Krise	105
X.	Durchgriffshaftung gegen Gesellschafter wegen Vermögensvermischung	107
XI.	Existenzvernichtender Eingriff	107
<hr/>		
G.	Strafrechtliche „Fallstricke“ in der Schuldnerkrise	109
I.	In der Krise eines Unternehmens ist manches Verhalten strafbar, das ansonsten erlaubt ist	110
II.	Strafbares Beiseiteschaffen von Haftungsvermögen (§ 283 Abs. 1 StGB)	112
1.	Relevantes Vermögen	112
2.	Normalfall des § 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB	112
3.	Verheimlichen von Vermögensgegenständen (§ 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB)	113
4.	Verlust- und Spekulationsgeschäfte sowie unwirtschaftliche Ausgaben (§ 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB)	114
5.	Strafbarer Verstoß gegen Buchführungs- und Bilanzierungspflichten (§ 283 Abs. 1 Nr. 5 u. Nr. 7 StGB)	114

6.	Sonstiges Verringern des Vermögensstandes und Verheimlichen oder Verschleiern der geschäftlichen Verhältnisse (§ 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB)	116
7.	Bestraft wird der Schuldner oder Schuldnervertreter nur, wenn es „schießt“ geht ...	116
III.	Sonstige Krisendelikte des Schuldners oder Geschäftsführers	117
IV.	Kann die Strafbarkeit durch Einschaltung von Beratern vermieden werden?	117
<hr/>		
H.	Schicksal gegenseitiger Verträge im Insolvenzverfahren	120
I.	Einleitung	121
II.	Wahlrecht des Insolvenzverwalters	122
1.	Einschränkungen des Wahlrechts bei Lieferungen unter Eigentumsvorbehalt	123
a)	Insolvenz des Verkäufers	123
b)	Insolvenz des Käufers	124
2.	Einschränkung des Verwalterwahlrechts durch Vormerkung	125
3.	Einschränkung des Verwalterwahlrechts bei Lizenzverträgen	126
III.	Miet- und Pachtverhältnisse über unbewegliche Gegenstände und Räume	127
1.	Schuldner als Mieter oder Pächter	127
2.	Schuldner als Vermieter oder Verpächter	129
IV.	Keine Umgehung der gesetzlichen Regelung (§§ 103 ff. InsO)	130
<hr/>		
I.	Dienst- und Arbeitsverhältnisse in der Insolvenz	132
I.	Insolvenzschuldner als Arbeitgeber	133
1.	Grundsatz: Arbeitsverhältnisse bestehen trotz Verfahrenseröffnung fort	133
2.	Lohn- und Gehaltsansprüche	134

3.	GmbH-Geschäftsführer als Arbeitnehmer	135
4.	Kündigungsrecht des Insolvenzverwalters	136
5.	Kündigungsschutz in der Insolvenz	137
6.	Betriebsübergang nach § 613a BGB	137
7.	Betriebsverfassungsinsolvenzrecht	139
II.	Insolvenzschuldner als Arbeitnehmer	140
<hr/>		
J.	Insolvenzanfechtung	142
I.	Einführung	143
II.	Anfechtungsgründe	144
1.	Vorsätzliche Gläubigerbenachteiligung	144
2.	Unentgeltliche Leistungen	144
3.	Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen	144
4.	Anfechtung wegen inkongruenter Deckung	145
5.	Anfechtung wegen kongruenter Deckung	145
6.	Gesellschafterdarlehen und Leistungen an stille Gesellschafter	146
III.	Anfechtungsfristen	146
IV.	Rechtsfolgen der Insolvenzanfechtung	147
<hr/>		
K.	Verbraucherinsolvenzverfahren	148
I.	Gesetzliches Regelungskonzept	149
II.	Antrag auf Eröffnung eines Verbraucher- insolvenzverfahrens	149
1.	Wer kann ein Verbraucherinsolvenzverfahren beantragen?	149
2.	Wie stellt man einen Antrag auf Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens?	151
a)	Formularzwang	151
b)	Einzureichende Unterlagen	151
c)	Folgen eines unvollständigen Antrags	152
d)	Besonderheiten bei einem Gläubigerantrag	152

III.	Außergerichtliche Schuldenbereinigung	154
1.	Der zwingend vorgeschaltete außergerichtliche Einigungsversuch	154
2.	Der außergerichtliche Einigungsversuch erfordert einen Plan	155
IV.	Gerichtlich moderierter Versuch der Schuldenbereinigung	156
1.	Zustellung des Schuldenbereinigungsplans	156
2.	Annahme des Schuldenbereinigungsplans	157
3.	Wirkungen des Schuldenbereinigungsplans	158
4.	Nicht bedachte Gläubiger	159
V.	Eröffnung und Beendigung des Verbraucherinsolvenzverfahrens	160
1.	Wegfall des vereinfachten Verfahrens	160
2.	Besonderheiten des Verbraucherinsolvenzverfahrens	160
3.	Beendigung des Verbraucherinsolvenzverfahrens	161
<hr/>		
L.	Restschuldbefreiung von natürlichen Personen	162
I.	Wem steht das Restschuldbefreiungsverfahren offen?	163
II.	Verfahren zur Erlangung einer Restschuldbefreiung	164
1.	Übersicht zur Erlangung der Restschuldbefreiung	164
2.	Wie wird ein Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt?	164
3.	Restschuldbefreiung auch für völlig mittellose Schuldner?	166
a)	Restschuldbefreiung obwohl die Verfahrenskosten anfänglich nicht gedeckt sind?	166
b)	Restschuldbefreiung trotz nach Insolvenzeröffnung eintretender Masseunzulänglichkeit?	167
III.	Erteilung und Wirkung der Restschuldbefreiung	167
1.	Die Restschuldbefreiung wird durch gerichtlichen Beschluss erteilt	167
a)	Zulassung der Restschuldbefreiung	167

b)	Wohlverhaltensphase	167
i)	Die Aufgaben des Treuhänders	168
ii)	Dürfen die Gläubiger während der Wohlverhaltensperiode gegen den Schuldner vollstrecken?	168
c)	Obliegenheiten des Schuldners und die Versagung der Restschuldbefreiung	169
i)	Die Obliegenheiten des Schuldners	169
ii)	Die Versagung der Restschuldbefreiung	171
iii)	Die Erteilung der Restschuldbefreiung/Dauer der Wohlverhaltensperiode	173
2.	Welche Gläubigerforderungen werden von der Restschuldbefreiung erfasst?	174
a)	Erfasste Ansprüche	174
b)	Nicht erfasste Ansprüche	175
i)	Umfassst sind nur Forderungen unmittelbar gegen den Schuldner selbst	175
ii)	Gesetzliche Ausschlüsse	176
iii)	Weiterhaftung für Verfahrenskosten und Masseverbindlichkeiten?	177
3.	Neuerwerb von Vermögen nach Erteilung der Restschuldbefreiung	178
IV.	Widerruf der Restschuldbefreiung	178
V.	Eintragung in das Schuldnerverzeichnis	179